

Ein Subkontinent in Gärung

Politik, Hinduismus und Kirche in Indien

Nach den indischen Parlamentswahlen 1977 hätte kaum jemand vorauszusagen gewagt, daß *Indira Gandhi* bereits nach 2 1/2 Jahren wieder in das Amt der Ministerpräsidentin zurückkehren würde. Doch die Janata-Partei war sich allein in der Gegnerschaft zu Indira Gandhi einig gewesen – Differenzen über den politischen Kurs und persönliche Querelen führten bald zum Zerfall der Koalition und zu vorzeitigen Neuwahlen. Bald waren viele Inder bereit, die negativen Seiten der Diktatur Frau Gandhis (HK, September 1975, 467ff) zu vergessen, denn unter ihrer Regierung hatte Indien immerhin eine Phase der Stabilität erlebt. Ihr Wahlsieg war jedoch keineswegs glänzend – bei einer Wahlbeteiligung von 57% stimmten nur 42% der Wähler für die Kongreß-Partei Indira Gandhis. So hat sie noch nicht das Vertrauen der Mehrheit der Inder – sie wird es erst dann gewinnen, wenn sie ihr Versprechen von mehr politischer und wirtschaftlicher Stabilität auch wirklich einlöst.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung galten weniger einer politischen Kursänderung als der *Konsolidierung der Macht*. Die unter der Janata-Regierung eingeleiteten Gerichtsverfahren gegen Frau Gandhi und ihre Mitarbeiter wegen Verfassungsbruch und Amtsmissbrauch wurden nach und nach eingestellt, bereits verurteilte Personen rehabilitiert. Dafür wurde mancher der Ankläger und Richter seines Amtes enthoben oder strafversetzt. Im Gegensatz zu früher bediente man sich jetzt allerdings formaljuristisch korrekter Methoden.

Im Februar ließ Frau Gandhi zudem neun Provinzparlamente auflösen und Neuwahlen ansetzen. Da die Provinzparlamente über die Zusammensetzung des Oberhauses im Bundesparlament entscheiden, dürfte der *Indira-Kongreß* nach dem Gewinn dieser Wahlen Ende Mai in acht Provinzen auch hier bald über die absolute Mehrheit verfügen. Diese Mehrheit braucht Frau Gandhi für eventuelle einschneidende Gesetzes- oder Verfassungsänderungen. Jedoch sind ihr dabei Grenzen gesetzt, denn im Juni 1980 wurde anlässlich einer Verfassungsklage durch höchstrichterlichen Entscheid verfügt, daß gewisse Grundrechte unantastbar seien und auch nicht durch Parlamentsbeschluss aufgehoben werden könnten. Damit dürfte zumindest die Rückkehr zu einer Diktatur erschwert sein. Allerdings gibt es bereits wieder einige Verordnungen, die böse Ahnungen aufkommen lassen. So dürfen seit Februar Personen, die gegen bestimmte Wirtschaftsgesetze verstoßen, wieder ohne Prozeß für längere Zeit inhaftiert werden. Die Festigung der Macht hängt im übrigen aber auch von der nach dem Tod *Sanjay Gandhis*, des einflußreichen

Sohnes von Indira, ungewissen Entwicklung innerhalb der Kongreß-Partei ab. Sanjay Gandhi hatte die Partei einer nicht unumstrittenen radikalen Verjüngungskur unterzogen, die aber noch nicht abgeschlossen war (immerhin stellen seine Anhänger derzeit etwa die Hälfte der Abgeordneten des Indira-Kongresses). Es wird eines erheblichen Führer-Geschickes bedürfen, um die dabei aufgetretenen Spannungen zwischen dem bisherigen Partei-Establishment und der jungen Generation zu lösen.

Indiens wirtschaftliche und soziale Probleme

Die drängendsten Probleme Indiens ging man bisher nur zögernd an. Die *wirtschaftlichen Perspektiven* sind nicht besonders gut, denn die Landwirtschaft hat durch die Dürreperioden der letzten Zeit beträchtliche Rückschläge erlitten, und die Industrieproduktion stagniert, hauptsächlich wegen der schlechten Energieversorgung, der steigenden Rohstoffpreise und der mangelhaften Transportmöglichkeiten. Für das laufende Jahr wird deshalb mit einem Rückgang des Bruttosozialprodukts um 1% gerechnet (*The Statesman Weekly*, 15. 3. 80). Die Inflationsrate liegt bei 20%, und die Arbeitslosigkeit ist ebenfalls bedrohlich hoch – allein 7 Millionen Schulabgänger suchen eine erste Arbeitsstelle (*The Guardian*, 13. 3. 80). Eine Lösung der Probleme ist vorerst kaum in Sicht, zumal der neue Sechsjahresplan nur langsam Konturen annimmt.

Die Wirtschaftsmisere wirkt sich vor allem für die sozial Unterprivilegierten und die Minderheiten verheerend aus. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wird die Politik der Job-Reservierung für die *Unberührbaren (Harijans)* immer schwieriger. Die Folge sind soziale Unruhen, so wurden allein 1978 17041 Fälle von gewalttätigen Übergriffen gegen Harijans gezählt (*Asian Recorder*, 4. 3. 80). Am schwierigsten ist dabei derzeit die Lage im Nordosten Indiens, einer Region von erheblicher strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung (sie produziert 50% des indischen Erdöls, 50% des Tees und 30% der Jute). Die ursprüngliche Bevölkerung der Region, in zahlreiche Stämme gespalten, unterscheidet sich ethnisch und kulturell stark vom übrigen Indien. Erst unter der englischen Kolonialherrschaft Indien angegliedert, galt sie lange als in jeder Hinsicht rückständig, was dazu führte, daß heute Verwaltung und Wirtschaft weitgehend in fremder Hand liegen. In den letzten Jahrzehnten stieg nun bei diesen Stämmen das Bewußtsein der kulturellen Eigenheit, was

die Zentralregierung aber nur dadurch honorierte, daß sie seit 1963 aus der Provinz Assam mehrere Gebiete ausgliederte: die Bundesstaaten bzw. Unionsterritorien Arunachal Pradesh, Manipur, Meghalaya, Mizoram, Naga Pradesh und Tripura.

Die einheimische Bevölkerung fühlt sich jedoch weiterhin von Indien politisch, wirtschaftlich und kulturell unterdrückt. Das *Problem der Überfremdung* wurde zudem verschärft durch eine Einwanderungswelle aus den Nachbarstaaten. In Tripura etwa stellen die Einwanderer schon 70% der zwei Millionen zählenden Gesamtbevölkerung. Diese Einwanderer machen den Einheimischen aber nicht nur die Arbeitsplätze streitig oder bedrohen durch Landkäufe die einheimische Landwirtschaft, sie verändern auch die politische Landschaft: in Tripura stützen sich die dort regierenden Kommunisten (CPI/M) hauptsächlich auf die Einwanderer.

Anfang der sechziger Jahre entstanden die ersten bewaffneten *Widerstandsgruppen*, die meist vom burmesischen Grenzgebiet aus operieren. Vorreiter war die nationalistische Bewegung unter den Nagas, in der in der letzten Zeit die Marxisten die Oberhand gewonnen haben. Ähnliche meist linksgerichtete Bewegungen (z. T. in verschiedene Fraktionen gespalten) gibt es mittlerweile in fast allen Staaten der Region. So existiert in Manipur die Meitei-National-Front, die auch die Hindu-Kultur bekämpft und selbst vor der Zerstörung von Kultstätten nicht zurückschreckt (im 18. Jahrhundert waren Teile des Meitei-Stammes gewaltsam zum Hinduismus „bekehrt“ worden).

Die Erstellung der Wahllisten für die Wahlen vom Januar 1980 ließ nun die *Einwanderungswelle* in einem Maße offenbar werden, daß auch die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung den Widerstand probte. Es kam zu von Studenten geführten Massendemonstrationen und Streiks, doch blieb es nicht beim gewaltlosen Widerstand. Allein in Tripura forderten Pogrome gegen die Einwanderer und Vergeltungsaktionen seit Anfang Juni über 2000 Tote und 200 000 Obdachlose (FEER 10. 7. 80). Die Situation wurde dabei durch Gegenmaßnahmen in den Nachbarstaaten noch verschärft. Anhänger der Jugendorganisation der Kongreß-Partei blockierten z. B. zeitweilig die Transportwege von Westbengalen nach Assam, was dort wiederum mit einer Blockade der Öltraffinerien beantwortet wurde.

Die Zentralregierung zeigte bisher wenig Kompromißbereitschaft und reagierte hauptsächlich mit der verstärkten Entsendung von Truppen in die betroffenen Gebiete (Geheimgespräche mit Vertretern von Studenten wurden Anfang Juli ergebnislos abgebrochen). Sie ist allenfalls bereit, nach 1971 eingewanderte Personen wieder zu repatriieren, während die Führer des Widerstandes 1951 als Stichjahr ansetzen. Immerhin wurde aber eine Ministerkommission eingesetzt, die Vorschläge zur Lösung der Probleme erarbeiten soll. Insbesondere soll geprüft werden, inwiefern bestehende Gesetze (die z. B. die Einwanderung in bestimmte Teile der Region verbieten) besser angewendet werden können. Ein positives Ergebnis kann jedoch nur erreicht werden, wenn auch die Herkunftsländer der Ein-

wanderer bereit sind, einen Teil von ihnen wieder aufzunehmen. Eine Bereitschaft hierzu ist bei den Hauptbetroffenen bisher nicht zu erkennen – weder bei Bangladesh oder Nepal noch bei Westbengalen.

Die größte Aktivität hat Frau Gandhi bisher in der *Außenpolitik* entfaltet. Den kleineren Nachbarstaaten wurde unmißverständlich klargemacht, daß Indien weiterhin die führende Rolle in Südasien spielen wird. Bhutan etwa, das auf der Konferenz der Blockfreien in Havanna gewagt hatte, die sowjetische Indochinapolitik zu kritisieren, wurde in seine Schranken verwiesen. Indien wird keine Revision des Vertrages von 1949 zulassen, der die alleinige außenpolitische Vertretung Bhutans durch Indien vorsieht. Ebenso ist Frau Gandhi gewillt, die großangelegten Bewässerungsprojekte im Ganges-Delta auch gegen den Willen Bangladeshs durchzuführen.

Desgleichen bemüht sich Indien, wieder eine größere Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Dazu gehören bessere Beziehungen zu China (das Treffen Frau Gandhis mit Hua Guofeng in Belgrad war das erste Treffen auf höchster Ebene seit 1960), aber auch eine unabhängigere Politik gegenüber Moskau. Hierzu gehört etwa der Versuch, im Afghanistan-Konflikt eine Vermittlerrolle zwischen der UdSSR und dem Westen zu übernehmen. Dies hinderte Indira Gandhi jedoch nicht daran, im Mai mit der UdSSR ein Abkommen über neue Waffenlieferungen im Wert von 13 Mrd. Rupien abzuschließen.

Das Verhältnis zu Pakistan hat sich etwas entkrampft, da Indien eingesehen hat, daß Pakistan durch die sowjetische Invasion in Afghanistan ernsthaft bedroht ist und sich deshalb eine Aufrüstung Pakistans kaum gegen Indien richten wird. Hier dürfte die Zusage der USA nachgeholfen haben, Indien größere Mengen Uran zu liefern, obwohl es keine Garantie dafür gibt, das Uran nur friedlichen Zwecken zuzuführen (die Bestätigung dieses Handels durch den amerikanischen Kongreß ist allerdings fraglich). Die Verständigung mit Pakistan könnte im übrigen auch helfen, in der arabischen Welt wieder besser Fuß zu fassen – ein weiterer Schritt auf diesem Weg war die politische Anerkennung der PLO im März.

Kämpferischer Hinduismus

Wenn Frau Gandhi bisher mehr auf außenpolitischem Parkett glänzte als in der Innenpolitik, so ist dies auch ein „Verdienst“ der heillos zerstrittenen Opposition. Die einzig ernst zu nehmende Oppositionspartei ist derzeit die *CPI/M*, die einen marxistischen Kurs jenseits von Moskau und Peking steuert. Sie bildet im Unionsparlament mit 34 Sitzen die nach der Volkspartei Charan Singhs zweitgrößte Fraktion in der Opposition und regiert zudem in den Staaten Kerala, Tripura und Westbengalen. Da sie im Gegensatz zur moskauhörigen *CPI* die Diktatur Frau Gandhis nicht unterstützte, ging sie aus den Krisen der letzten Jahre relativ unbehelligt hervor. Der Einfluß der Kommunisten bleibt aber begrenzt, da eine Annäherung zwischen *CPI* und *CPI/M* wenig wahrscheinlich erscheint.

Die *Janata-Partei* fällt dagegen immer weiter auseinander. Nachdem schon im September 1979 Charan Singhs Volkspartei (Lok Dal) die Koalition verlassen hatte, trat der einst mächtige Jagjivan Ram im März aus der Partei aus und schloß sich der Unabhängigen Kongreß-Partei an. Der ehemalige Außenminister *Atal B. Vajpayee* folgte im April und gründete mit Mitgliedern des religiösen Flügels eine neue Bharatiya Janata Party. Diese Parteineugründung in der Nachfolge des ehemaligen Jan Sangh hat wieder die Frage aufgeworfen, welche Rolle die *extremistischen Kräfte des Hinduismus* in der indischen Politik spielen.

Der Hinduismus stellt eine über den Glauben an Götter oder Dogmen hinausgehende eigene, jahrtausendealte Kultur dar, die in der Begegnung mit anderen Kulturen eine vielfältige Differenzierung erfahren hat. Es hat nun immer wieder Bestrebungen gegeben, die Einheit und Eigenständigkeit des Hinduismus gegenüber anderen Kulturen zu bewahren bzw. wiederherzustellen. Die heute in dieser Richtung führende Bewegung hat ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert in der Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialherrschaft und der muslimischen Bevölkerungsgruppe. In der Nachfolge des 1875 von *Swami Dayanand Saraswati* gegründeten Ariya Samaj entstanden zunehmend militantere Gruppen, darunter der immer noch aktive Rashtriya Swayamsevak Sangh (Nationaler Freiwilligenbund, gegr. 1925).

In der Sicht dieser Gruppen ist der Hinduismus eine auf Religion, Rasse und Gesellschaftsordnung beruhende eigene, homogene Kultur, die über den anderen großen Kulturen steht. Sie forderten deshalb die Verschmelzung der in Indien lebenden Christen und Moslems mit der Hindu-Kultur (etwa durch das Tragen von Hindu-Namen, die Teilnahme an Hindu-Festen usw.) – andernfalls sollte ihnen nur ein untergeordneter Status in der indischen Gesellschaft zuerkannt werden. Die Mitglieder des RSS etwa rekrutierten sich dabei meist aus der Mittelschicht und aus den oberen Kasten im Norden und Nordwesten Indiens in Gebieten, in denen Hindus gegenüber Moslems in der Minderzahl waren (z. B. Maharashtra). Die Tätigkeit des RSS beschränkte sich keineswegs auf kulturelle Aktivitäten, sondern er versuchte seine Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen.

Mitglieder des RSS gründeten 1951 den Bharatiya Jan Sangh, der den Aufbau eines demokratischen Indien auf der Basis eines orthodoxen Hinduismus anstrebte. Die Grundlage dieses Staates sollte durch die sprachliche (Hindi) und kulturelle (Sanskrit) Einheit gewährleistet werden. Auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung gewann der anti-christliche und antimuslimische BSJ damit fast 9% der Wählerstimmen (1967). In der Janata-Partei gehörten seine Mitglieder dann zu den führenden Verfechtern der Anti-Konversionspolitik.

Der Nachfolger, die *BJP*, hat gleichfalls die nationale Integration auf ihre Fahnen geschrieben. Bezüglich der Eingliederung der Inder in den „national mainstream“ ist man aber etwas zurückhaltender. Man spricht eher von Indisierung statt von Hinduisierung. Hauptziel ist die Errichtung einer „positiv säkularen“ Gesellschaft, die den religiösen

Werten der Hindu-Kultur ihren angestammten Platz verschafft. In der Propagierung eines Mahatma-Gandhi-Sozialismus versucht man das Image des RSS abzustreifen, ohne sich indes von ihm zu distanzieren. Mit diesem Programm gewann die BJP bei den Wahlen im Mai durchschnittlich 6% der Parlamentssitze, in ihren Hochburgen (Norden und Nordwesten) sogar etwas mehr.

Kirche gegensätzlicher Traditionen

Die katholische Kirche hat es als kleine Minderheit (10 Millionen, von 650 Millionen Indern) schwer, sich unter diesen Umständen zu behaupten, zumal sie selbst große Probleme zu bewältigen hat. Sie ist in Indien regional sehr unterschiedlich vertreten (70% der Katholiken leben im Süden, 13% im Westen, 10% im Osten und je 4% im Norden und Nordosten). Das Übergewicht des Südens macht sich dabei v. a. in der *Personalstruktur des Klerus* bemerkbar – 1966 stellte allein Kerala über 50% der Priester (*W. Fernandes SJ*, PMV-Dossier Asien 12–13, Januar 1980, S. 8), die auch in z. T. weit entfernten Regionen eingesetzt waren. Demgegenüber ist in manchen Diözesen gerade im nördlichen Indien der wirklich einheimische Klerus in der Minderzahl. Der weitgehenden Indisierung des Klerus ist hier also noch nicht die Regionalisierung gefolgt, was in einigen Fällen sogar zu Spannungen zwischen den Gläubigen und der Hierarchie geführt hat.

Die ethnischen, sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen den Diözesen wirken sich erheblich auf die innerkirchliche Diskussion der aktuellen Probleme aus, ebenso wie die Tatsache nicht ohne Bedeutung ist, daß etwa 1/5 der Gläubigen der mit Rom unierten Syrischen Kirche angehört. Eine der wichtigsten Fragen ist die der Entwicklung einer „indischen Theologie“, wie sie z. B. 1974 von der Konferenz der indischen Bischöfe (CBCI) gefordert wurde. Hier haben sich zwei Hauptrichtungen herausgebildet. Die erste möchte die Eigenständigkeit der Kirche nicht untergraben sehen und sucht die geistige Identität in einer Besinnung auf die christlich-westlichen Werte. Gerade Vertreter der süd- und westindischen Gemeinden mit einer alten Kulturtradition möchten diese Eigenständigkeit nicht unbedingt zugunsten einer Öffnung zur indischen Kultur hin aufgeben.

Die Vertreter der anderen Richtung beziehen dagegen ihre Erfahrungen eher aus der direkten Konfrontation mit der indischen Kultur in der Missionsarbeit. Sie möchten die indische Spiritualität mit christlichem Ausdruck verbinden, *indisch-christliche* Formen der Gottesverehrung finden. Als Beispiel mag ein 1975 in Uttar Pradesh begonnenes Projekt dienen, das Priestern und Katecheten einen tieferen Einblick in die indische Kultur vermitteln sollte. Sie sollten befähigt werden, die Inder über die dem Hinduismus eigenen Formen anzusprechen. Der Priester etwa könnte dann die dem Inder vertrautere Gestalt des Asketen, Weisen, Gurus darstellen (*L. Mascarenhas*, *L'Église en U. P.*, *Lumière et Vie* 1975, S. 259 ff). Eine Grenzentwicklung stellen hier die „christlichen Gurus“ dar, bei de-

nen aber v.a. auf protestantischer Seite die Gefahr des Synkretismus nicht zu übersehen ist.

Gegner dieser Richtung haben nicht ganz unrecht, wenn sie darauf hinweisen, daß hier neben kulturellen u. U. auch religiöse Elemente der Hindu-Kultur integriert werden. Zudem ergeben sich Probleme aus der Vielfalt der indischen Kultur. So wird man nicht bedenkenlos Elemente der Kultur der obersten Kaste an andere soziale Schichten herantragen können. Außerdem gibt es zahlreiche Christen unter den Gebirgsstämmen, die ihre eigene kulturelle Tradition haben und die Hindu-Kultur aus diesem Grunde ablehnen. Die Inkulturation wird also weiter umstritten bleiben.

Neue Wege der katholischen Bildungs- und Sozialarbeit

In den letzten Jahrzehnten wurde hauptsächlich das *weiterführende Schulwesen* ausgebaut, während im Bereich der Grundschulen fast eine Stagnation eintrat (1948–1976 stieg die Zahl der Grundschulen von 4100 auf fast 5200, die der Colleges aber von 30 auf 130 – PMV-Dossier S. 51). Hiervon profitierte v.a. die indische Mittel- und Oberschicht, zumal die meisten Schulen in Städten liegen. Dies hatte seinen durchaus positiven Hintergrund – es war ein wesentlicher Beitrag der Kirche zur gesamtindischen Entwicklung, mit dem sie ihre Existenzberechtigung vor der gesamtindischen Öffentlichkeit bekräftigen konnte. Da sich diese Schulen gegenüber staatlichen Schulen wegen ihres meist höheren Niveaus einer großen Beliebtheit auch bei Nicht-Christen erfreuen, war dies zudem ein Weg, diese auf indirekte Weise anzusprechen.

Mittlerweile ist man sich jedoch auch negativer Folgen bewußt geworden. Im Jesuitenorden gibt es Tendenzen, sich statt auf „Elite-Schulen“ wieder mehr auf solche Einrichtungen zu konzentrieren, die auch den unteren Schichten mehr Chancen ermöglichen (Fides-Dienst, 21. 11. 79). Ebenso rückt die Erwachsenenbildung wieder stärker in den Vordergrund, etwa in Verbindung mit Entwicklungshilfe-Projekten. Zudem ist deutlich geworden, daß die Bildungspolitik nicht ohne flankierende Maßnahmen auskommt. So finden beruflich qualifizierte Christen keine Anstellung, weil sie nicht der entsprechenden Gesellschaftsschicht angehören, oder sie müssen vom Land in die Städte abwandern, wo sie der Kirche entfremdet werden. Manche wenden sich auch politisch extremen Strömungen zu – so haben sich möglicherweise auch christliche Studenten an den Ausschreitungen in Nordost-Indien beteiligt. Dies wiederum lieferte dem Ministerpräsidenten von Tripura den Vorwand, von einer Agitation „christlicher Missionare und ausländischer Agenten“ zu sprechen (FEER, 26. 6. 80).

Der Beitrag der Kirche zum *Sozial- und Gesundheitswesen* weist ebenfalls strukturelle Schwächen auf. In den letzten Jahrzehnten wurde der Ausbau des Krankenhauswesens wesentlich stärker gefördert als der anderer Bereiche. Da-

bei wurden auch hier städtische Gebiete bevorzugt, wenn auch die Mehrzahl der Krankenhäuser weiter auf dem Lande liegt. Gerade aus den Reihen der Orden haben sich deshalb in den letzten Jahren die Appelle vermehrt, sich wieder mehr der Arbeit bei den Armen und auf dem Lande anzunehmen, denn schließlich leben 80% der Inder auf dem Lande. Das Nahziel ist dabei, daß zumindest 20% der Ordensleute auf dem Lande wirken sollten (Aufruf der Konferenz der Orden in Indien 1979 – Steyl Korrespondenz, 1. 6. 79).

Die in mancher Hinsicht einseitige Entwicklung wird auch in der Entwicklungshilfe deutlich, wie ein Vergleich der Prioritäten von „Misereor“ (für das Indien an erster Stelle steht) und der bisherigen Ausgabenpolitik in Indien zeigt. Insgesamt gab „Misereor“ 1959–1976 25% seiner Gelder für das Gesundheitswesen aus, 15% für die Landwirtschaft, je 13% für die Bereiche Bildung, Soziales sowie Handel und Wirtschaft (Misereor – Zeichen der Hoffnung, München 1976, S. 172). In Indien entfielen dagegen 35% auf das Bildungswesen, 31% auf das Gesundheitswesen, 15% auf die Landwirtschaft und 11% auf den sozialen Sektor (ebenda, S. 193).

In der Entwicklungshilfe soll im übrigen der indische Eigenbeitrag noch stärker als bisher gefördert werden. Die CBCI betonte auf ihrer Konferenz im Oktober 1979, man müsse durch *Selbsthilfe* eine größere Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland erlangen. Hier spielt sicher aber auch mit, daß die Staaten der Dritten Welt – und das nicht nur im Falle Indien – der Kirche nur allzu gerne ihre Bindungen an den Westen vorhalten. Der indischen Selbsthilfe sind aber vorerst noch Grenzen gesetzt, und zwar nicht nur finanzieller Art. Vielmehr stößt vielerorts die Mitarbeit von Laien in kirchlichen Einrichtungen noch auf Widerstand. Andererseits kann die Kirche die Laien oft genug nicht angemessen bezahlen, so daß z. B. der Sekretär der CBCI, Patrick D'Souza, in einem Interview von der Gefahr der Klerikalisierung in Nordindien sprach (Missio-Informationen 7/79).

Viele soziale Probleme kann die Kirche aber nur zusammen mit dem Staat lösen. Hierzu gehört die staatliche Familienplanung, mehr aber noch die soziale Diskriminierung vieler Christen. Kastenlose verlieren beim Übertritt zum Christentum das Recht auf staatliche Unterstützung (Arbeitsplatzbeschaffung, Familienbeihilfen usw.). Christen erhalten sie erst gar nicht, außer sie sind Angehörige anerkannter Stammesgesellschaften (diese erhalten sie unterschiedslos). Proteste der Kirchen haben bisher nichts genutzt, und es bleibt abzuwarten, ob Basis-Initiativen (etwa in Kerala) zur Selbsthilfe mehr Erfolg haben.

Hinzu kommen *Anti-Missionsgesetze* in einigen Bundesstaaten (eine bundesstaatliche Gesetzesinitiative Ende 1978 ist zumindest vorerst ad acta gelegt – vgl. HK, Juni 1979, 272f). Dahinter stehen Bestrebungen orthodoxer Hindus, aber auch Moslems, die Verbreitung des christlichen Glaubens so gut wie unmöglich zu machen – selbst die Sozialarbeit wird noch als verkappte Glaubenspropaganda beargwöhnt. Manchmal kommt es auch noch

schlimmer. In Arunachal Pradesh wurden im letzten Jahrzehnt über 55 Kirchen zerstört, wobei die staatlichen Behörden zumindest in einigen Fällen sogar die Gemeinden auffordern, ihre Gotteshäuser selbst abzureißen (Fides, 12. 9. 79).

Eine Lösung all dieser Fragen hängt nicht zuletzt aber auch davon ab, wie einzig sich die indische Kirche ist. Auf der Konferenz der CBCI im Oktober 1979 wurde beklagt, daß es auf zu vielen Gebieten zu viele verschiedene Meinungen gebe. So sieht man denn eine der Hauptaufgaben auch darin, die Glaubensbasis zu stärken, um im christlichen Geist zu neuer Stärke zu finden. Es soll der Säkularisierung des Lebens entgegengewirkt werden, u. a. durch eine vermehrte Erwachsenen Katechese. Diesem Ziel diene übrigens auch die Konferenz der Föderation asiatischer Bischofskonferenzen im November 1978 in Kalkutta mit dem Thema „Das christliche Gebet“ (vgl. HK, Februar 1979, 58f).

Indira Gandhi – das geringere Übel

Die weltweite Anerkennung des Werkes von Mutter Teresa durch die Verleihung des Nobelpreises hat der katholischen Kirche in Indien nicht nur neuen Auftrieb gegeben, sondern auch ihr Ansehen gegenüber dem Staat gestärkt.

Doch ist ungewiß, wieweit sich dies auf den politischen Alltag nach dem Regierungswechsel in Delhi auswirken wird. Traditionell steht die Kirche der Kongreß-Partei näher als etwa den religiösen Kräften der Janata-Partei. So ist es verständlich, daß sich weite katholische Kreise nur zögernd unter der Diktatur Frau Gandhis von ihr abwandten. Erst die Verletzungen der Menschenrechte und die Zwangssterilisierungen führten zu Protesten auf breiter Front. Frau Gandhi ihrerseits versuchte damals, sich das Wohlwollen der Kirche dadurch zu erhalten, daß sie auf das Mitspracherecht bei der Besetzung von Bistümern verzichtete (vgl. HK, April 1977, 213).

So könnte man erwarten, daß Indira Gandhi wieder einen weniger anti-christlichen Kurs steuert als ihre Janata-Vorgänger. Doch dürfte sich dies mehr in Nuancen ausdrücken, grundsätzliche Veränderungen sind nicht zu erwarten. Die katholische Kirche wird ihrerseits abwarten: falls die neue Regierung sich an die Verfassung hält, ist diese für die Kirche in jedem Fall das kleinere Übel. Indische katholische Publizisten (so z. B. *Aloysius Fonseca SJ* in: Orientierung, 15. 2. 80) lassen denn gelegentlich vorsichtigen Optimismus anklingen. Trotzdem birgt der Versuch, die Christen aus ihrem gesellschaftlichen Ghetto herauszuführen, noch Konfliktstoff. Einer dieser Prüfsteine könnte die Entwicklung im Nordosten Indiens sein.

Peter Drews

Kurzinformationen

Am 23./24. Juni veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Unternehmer in Zusammenarbeit mit UNIA-PAC, dem Weltverband Christlicher Unternehmer, eine Fachkonferenz über Kernenergie. Die im Großen Sitzungssaal der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München abgehaltene Tagung stand unter dem Motto „Energieversorgung der Welt – Das christliche Gewissen vor einer Lebensfrage.“ Auf ihr wurden trotz zeitlicher Beengung – es standen nur knappe anderthalb Tage zur Verfügung – sowohl personell wie thematisch weitgehend in alle Bereiche ausgegriffen, die mit dem Kernenergie-thema irgendwie zu tun haben. Vertretern der Kernenergie-wirtschaft und der Elektrizitätswerke standen entschiedene Gegner eines Ausbaus der Kernenergie gegenüber – einen ganz entschiedenen mit klingendem Namen – den Münchner Philosophen *Robert Spaemann* hatte man unter die Referenten geladen, unter denen sich auch mehrere Vertreter aus Ländern der Dritten Welt fanden. Zugleich suchte man das Gespräch mit der Theologie bzw. war bestrebt, diese als vermittelndes und zugleich klärendes Element mit einzubeziehen, wobei man eigentlich weniger nach der Fachtheologie suchte, als vielmehr die kirchliche Hierarchie als besonders öffentlich beglaubigte Instanz für sittliche Urteilskraft angesichts eines weniger technisch als politisch schwierigen Fragenkreises zu gewinnen suchte. Alles in allem ergab das mit beachtlichem Rahmen eine Konferenz auf hohem Niveau, auf der es durchaus zu einer wenigstens teilweise direkten Auseinandersetzung zwischen Kernenergiefachleuten und ent-

schiedenen Kernkraftgegnern kam. Sie spiegelte insoweit genau die gegenwärtige öffentliche Diskussion wider: für den weichen Weg mit Ausweichen auf Ersatzenergien und Energiesparen die einen, die anderen mit dem Hinweis, auch die weichen Energien würden hart, sobald Anlagen dafür in größerer Zahl und als Großanlagen gebaut würden, für einen gezielten Ausbau bei nicht zu spätem Übergang zur Serienproduktion von Schnellen Brütern. Dies wurde gestützt mit dem Argument, daß angesichts der wachsenden Bevölkerungszahl eine Wirtschafts- und Sozialleben einschneidend tangierende Energielücke ohne Ausbau der Kernenergie unvermeidlich würde, die Technik aber genügend Mittel habe oder noch in die Hand bekomme, um die Folgerisiken zu bewältigen. Der Ertrag der Konferenz litt etwas darunter, daß selbst hochkarätige Fachleute wie Prof. *Rudolf Schulten* (Jülich) und Prof. *Wolf Häfele* (Laxenburg) trotz entsprechend nachdrücklich gestellter Fragen wenig auf die eigentliche Risikothematik eingingen, sondern die Diskussion mit den Kernkraftgegnern über weite Strecken darüber geführt wurde, was denn nun wirtschaftlicher sei, die Kernenergie oder der Weg über den „weichen“ Ersatz. Der Vertreter der Ethik, *Robert Spaemann*, referierte zur allgemeinen Unzufriedenheit stark deontologisch grundiert etwas über die Köpfe hinweg. Ihm kam es wohl auch weniger darauf an, unmittelbar einen Beitrag zur Lösung der Kernenergie als Gewissensfrage der gegenwärtigen Generation zu leisten, sondern mit den Kernkraftgegnern unter Hinweis auf für die nächsten Generationen nicht eingehbare Risiken, die Dis-